

Nachhaltige Finanzpolitik

Das Wichtigste in Kürze

Gesunde öffentliche Finanzen sind eine Voraussetzung, um auf politische Herausforderungen reagieren zu können. Der Bund verfolgt eine nachhaltige Finanzpolitik, die darauf abzielt, den Handlungsspielraum für zukünftige Generationen zu bewahren. Dies soll durch ein mittelfristig ausgeglichenes Bundesbudget und eine tiefe Schuldenquote erreicht werden. Zu diesem Zweck wurde 2003 die Schuldenbremse für die ordentlichen Ausgaben eingeführt und 2010 um eine Regel für die ausserordentlichen Ausgaben ergänzt. Eine nachhaltige Finanzpolitik zeichnet sich auch durch eine wachstums- und wohlfahrtsfördernde Einnahmen- und Ausgabenstruktur aus. Darauf zielen strukturelle Reformen wie die Aufgabenüberprüfung des Bundes ab.

Die Schuldenbremse

Die in der Verfassung verankerte Schuldenbremse reguliert den Bundeshaushalt und wurde erstmals auf das Budget 2003 angewandt. Sie verhindert strukturelle Defizite und damit einen Schuldenanstieg. Die Einführung der Schuldenbremse war der Anfang einer finanzpolitischen Erfolgsgeschichte, die auch als Vorlage für andere Länder dient. Seit 2006 konnten im ordentlichen Haushalt namhafte Überschüsse erzielt und die Bundesschulden um rund 18 Milliarden Franken reduziert werden. 2013 betrug die Schuldenquote (Bruttoschulden in Prozent des BIP) 16,8 Prozent.

Das Kernstück der Schuldenbremse besteht aus einer einfachen Regel: Über einen Konjunkturzyklus hinweg dürfen die ordentlichen Ausgaben nicht grösser sein als die Einnahmen. Bei guter Konjunktur muss der Bund einen Überschuss erwirtschaften, in wirtschaftlich schlechten Zeiten hingegen dürfen die Ausgaben die Einnahmen übersteigen. Die Wirkung der Regel ist unabhängig von der Höhe der Steuerbelastung. Sie lässt sowohl Steuererhöhungen als auch Steuersenkungen zu und hat in den vergangenen Jahren verschiedene Steuerreformen ermöglicht, die für das Wachstum und die Verteilung von Einkommen und Vermögen von Bedeutung waren. Seit 2010 sind auch die ausserordentlichen Ausgaben einer Regel unterworfen. Sie können damit nicht mehr zu einem Schuldenanstieg führen.

Haushaltskonsolidierung

Um auch mittelfristig einen ausgeglichenen Haushalt gewährleisten zu können, sollen in der laufenden Legislatur neue mittelfristige ausgabenpolitische Prioritäten festgelegt und strukturelle Reformen im gesamten Aufgabenspektrum des Bundes erarbeitet werden. Das Projekt der Aufgabenüberprüfung (AÜP) deckte beide Aspekte für die Jahre 2008–2015 ab. Einerseits wurden Zielwachstumsraten für die Gesamtausgaben und die Ausgaben nach Aufgabengebieten definiert, andererseits wurde ein Paket



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

von strukturellen Reformen geschnürt. Das als Folgeprogramm geplante „Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket 2014“ (KAP 2014) scheiterte in der Wintersession 2013 im Parlament. Die Finanzkommission des Nationalrates hat die Beratungen zum ursprünglichen KAP im Februar 2015 jedoch wieder aufgenommen und fordert zusätzliche Sparmassnahmen.

Zeichnet sich trotz der mittelfristigen Planung und der strukturellen Überprüfung von Bundesaufgaben ein Defizit ab, kann der Bundesrat mittels Sparprogrammen kurzfristig die Ausgeglichenheit des Haushalts und die Einhaltung der Schuldenbremse sicherstellen.

Schweizer Staatsfinanzen im internationalen Vergleich

Die öffentlichen Haushalte in der Schweiz (Bund, Kantone, Gemeinden und Sozialversicherungen) stehen im internationalen Vergleich mit an der Spitze. Während sich Staaten weltweit teilweise mit massiv zunehmender Schuldenbelastung konfrontiert sehen, nahm die Verschuldung der öffentlichen Haushalte in der Schweiz ab. Ihre Schuldenquote liegt mit 34,2 Prozent markant unter der für den Euroraum wichtigen 60-Prozent-Marke. Der Abstand vergrösserte sich 2014 erneut.

Langfristperspektiven der öffentlichen Finanzen in der Schweiz

Die Finanzpolitik muss sich vermehrt mit den Herausforderungen der Zukunft beschäftigen. Aus diesem Grund lässt der Bund Langfristperspektiven erarbeiten, die darlegen, wie sich die heute absehbaren demografischen Trends langfristig auf die öffentlichen Haushalte der Schweiz auswirken. 2012 ist die zweite Ausgabe mit Blick bis ins Jahr 2060 erschienen.

Im Basisszenario steigen die demografieabhängigen Ausgaben der öffentlichen Haushalte von 18,4 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) im Jahr 2009 auf 22,3 Prozent im Jahr 2060 an. Bei der Aufteilung der Mehrbelastung auf die einzelnen Staatsebenen zeigt sich, dass auf Bundesebene vor

allem die Sozialversicherungen (AHV) betroffen sind. Bei den Kantonen sind die Ausgaben für Gesundheit und Langzeitpflege für den Anstieg ausschlaggebend. Als Folge davon würde die Schuldenquote bis 2060 auf über 130 Prozent des BIP ansteigen. Hier ist die Politik gefordert, dieser Entwicklung entgegenzuwirken.

